

AUF DEM WEG INS JAHR 2030 - DIE PHILIPPINISCHE POLIZEI IM UMBRUCH

PAUL SCHÄFER ||

Der 21. August 1983 ist ein bedeutendes Datum der neueren philippinischen Geschichte. Es ist der Tag, an dem der Oppositionspolitiker und wichtigste politische Rivale des damaligen Präsidenten Ferdinand E. Marcos aus dem Exil nach Hause zurückkehrte. Es ist der Tag, an dem der frühere Senator, Gouverneur und Bürgermeister, Benigno „Ninoy“ S. Aquino, Jr., nach Ankunft auf dem Flughafen von Manila erschossen wurde. Auch nach zwei Gerichtsverfahren, eines davon während der Amtszeit seiner Gattin, Präsidentin Corazon „Cory“ C. Aquino, sind die genauen Umstände seiner Ermordung und vor allem die Identität der Auftraggeber weiter ungeklärt.

Den Leichenzug „Ninoy“ begleiteten Tausende von Menschen und Hunderttausende säumten seinen Weg. Der Tag wurde zum Aufbruch für die Wiederherstellung der Demokratie. Aquinos Tod einte die Opposition gegen den diktatorisch regierenden Marcos. Zweieinhalb Jahre später wurde Frau Aquino nach dem vermeintlichen Versuch der Wahlmanipulation durch Regierungskräfte von einer Volksbewegung, der sog. „People Power Revolution“, und mit Unterstützung eines wichtigen Teils von Militär und Polizei, ins Amt gebracht und als Präsidentin vereidigt. Mit ihrer Amtszeit begann der Prozess der Wiedereinführung demokratischer Verhältnisse. Dieser Prozess ist weitgehend abgeschlossen, die Philippinen sind ein demokratisch regierter

Staat, aber Reste der alten autoritär geprägten Strukturen scheinen auch heute zuweilen noch nicht gänzlich überwunden.

Die Veränderungen in Staat und Gesellschaft betrafen auch die Streitkräfte und die Polizeibehörde. Beide wurden einer demokratischen Kontrolle unterstellt und die Polizei aus der Zugehörigkeit zum Militärapparat herausgelöst. Diese Entwicklung, der heutige Status der philippinischen Polizei („Philippine National Police“, PNP) wie auch ihre Zukunftsvision sollen im Folgenden näher beschrieben werden.

Transformation der philippinischen Polizei - Geschichtliche Entwicklung

Die Ursprünge eines philippinischen Polizeidienstes lassen sich auf das Jahr 1898 und die erste Verfassung unter der „revolutionären“ Regierung Präsident Emilio Aguinaldos zurückverfolgen. Bis dahin hatte Spanien die Kolonialmacht über das Land und damit auch die Kontrolle über den Sicherheitsbereich ausgeübt. Die neu gewonnene Unabhängigkeit währte nicht lange, denn bereits kurz danach verleibten sich die USA die Philippinen ihrem Herrschaftsgebiet ein. Es folgte 1901 die Schaffung der „Philippine Constabulary“ (PC), die dem amerikanischen Zivilgouverneur unterstand und deren Aufgabe es war, im Land für Frieden und Ordnung zu sorgen. Die PC ist historisch als die Vorläuferorganisation der

heutigen PNP anzusehen. Sie unterstützte das US-Militär vor allem im Kampf gegen die verbleibenden lokalen „revolutionären“ Kräfte der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung, die sich erst 1906 endgültig geschlagen gaben. Die Offiziere der PC rekrutierten sich vornehmlich aus dem Offizierskorps der US-Streitkräfte. Nach Niederschlagung des Unabhängigkeitskampfes der Philippiner wurde die PC als paramilitärische Einrichtung von der Kolonialverwaltung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung beibehalten und zur Unterwerfung letzter Widerstandsgruppen eingesetzt.

Die Einrichtung der ersten „kommunalen“ Polizeibehörde erfolgte ebenfalls im Jahr 1901 mit der Gründung der „Metropolitan Police Force of Manila“. Sie wurde noch im selben Jahr nach Verabschiedung der sog. „Manila Charta“ und der Erteilung der Stadtrechte umstrukturiert und in „Manila Police District“ (MPD) umbenannt. Dessen Zuständigkeit reichte fünf Meilen von der Stadtgrenze landeinwärts und drei Meilen vom Land in die Bucht von Manila. Dies führte gelegentlich zu Konflikten mit der PC, der die Polizeibefugnis über die anderen Landesteile übertragen war. Während des zweiten Weltkrieges war der MPD der japanischen Militärpolizei unterstellt und wurde erst mit Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch philippinische und US-amerikanische Streitkräfte reorganisiert.

Wie im Fall des MPD übernahmen auch die nach ihm gegründeten und von der PC unabhängigen städtischen und kommunalen Polizeibehörden die Aufgabe, für Sicherheit und Ordnung („peace and order“) in ihren Verantwortungsbereichen Sorge zu tragen. Falls erforderlich wurden sie durch Kräfte der PC, die nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1946 dem Philippinischen Militär unterstand, unterstützt. Im Jahr 1966 wurde eine „National Police Commission“ (Napolcom) geschaffen, deren Aufgabe es war, zur Verbesserung der Professionalität und des Ausbildungsniveaus der lokalen Polizei beizutragen. Gleichzeitig agierte sie

in begrenztem Umfang als Aufsichtsbehörde über die Polizei. Dieses System wurde generell als unzureichend empfunden, da die lokalen Polizeibehörden rechtlichen Einschränkungen unterlagen, keine Homogenität gegeben war, eine nur unzureichende Abstimmung und behördenübergreifende Koordinierung zwischen den einzelnen lokalen Polizeistellen erfolgte und es immer wieder zu Disputen über Zuständigkeitsbereiche kam. Zudem war die Gefahr gegeben, dass Polizeikräfte, deren Ernennung, Einsatzzuweisung und Beförderung von lokal gewählten Vertretern abhängig waren, von diesen zur Durchsetzung persönlicher Interessen missbraucht werden könnten.

Im Jahre 1972 rief Präsident Marcos das Kriegsrecht aus. Um alle Militär- und Polizeikräfte zu bündeln, kreierte er die „Integrated National Police“ (INP), die Jurisdiktion über die lokalen Polizeikräfte besaß und deren Kern aus der PC bestand. 1975 wurden PC und INP formell zusammengeschlossen und in PC-INP umbenannt. Ziel war es, die vielfältigen und fragmentierten lokalen und kommunalen Polizei-Einheiten in ein nationales Polizei-Programm zu integrieren. Während die PC vor allem für öffentliche Sicherheit, die Bekämpfung der Schwerekriminalität und für Fälle übergreifender Strafverfolgung zuständig war, übernahm die INP die Bearbeitung weniger schwerer Straftaten, die lokale Verbrechenverhütung und die Verkehrsregelung. PC-INP galt vielen als der verlängerte Arm der Machtdurchsetzung und -sicherung von Präsident Marcos.

Unter Präsidentin Aquino und mit Verabschiedung der neuen Verfassung von 1987 begann der Prozess der Umwandlung der philippinischen Polizei in eine Sicherheitsbehörde mit landesweiter Zuständigkeit und ziviler Ausrichtung („civilian in character“). Im Jahr 1991 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Abschaffung von PC-INP und die Gründung der PNP vorsah. Gleichzeitig untersteht die Polizei seitdem auch dem Innenministerium, anstatt wie bisher dem

Verteidigungsministerium. Auf Wunsch konnten Angehörige der alten PC-INP in die PNP überwechseln oder bei den Streitkräften verbleiben. Seither ist die PNP die primäre Strafverfolgungsbehörde des Landes.

In der Folgezeit verabschiedete das Parlament zusätzliche Gesetzesergänzungen¹, um die PNP zu einer effizienten und kompetenten Behörde für die innere Sicherheit weiterzuentwickeln, die bürgerorientiert und der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sein soll. Sie erlaubten der PNP auch die notwendige Umstrukturierung, um ihren Aufgaben und den Erwartungen an sie gerecht zu werden, nämlich Recht und Gesetz zu sichern, Verbrechen zu verhindern und zu bekämpfen, die öffentliche wie auch die innere Sicherheit zu schützen und dies in aktiver Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft.

Militärische Ursprünge

Unter dem „National Defense Act“ von 1935 – zur Zeit des sog. „Philippine Commonwealth“ – galt die PC als ein Rückgrat der regulären Streitkräfte und übernahm auch Funktionen der Militärpolizei mit landesweiter Zuständigkeit. Sie setzte sich zusammen aus Soldaten, die eigentlich für die Übernahme von Aufgaben der Militärpolizei ausgebildet waren. Ein Jahr später wurde eine Initiative gestartet mit dem Ziel, diese Aufgaben von der PC auf eine sog. „Staatspolizei“ zu übertragen. Der Versuch währte allerdings nur kurz und schließlich wurden diese Aufgaben erneut der PC übergeben. Es erfolgte eine Reorganisation der PC in eine von den Streitkräften, deren Aufgabe die Landesverteidigung war, unabhängige Einrichtung zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Allerdings wurden den PC-Angehörigen dieselben Rechte und Pflichten wie Militärangehörigen übertragen, u.a. besaß der Präsident das Recht, jederzeit die Versetzung von der PC in den Militärdienst und umgekehrt anzuordnen. Diese enge Verquickung zwischen Polizei- und Militärdienst zog sich bis zur

Gesetzesänderung 1991 hin. Und bis dahin erfuhr die Mehrzahl der Führungskräfte in der Polizei ihre Grundausbildung zusammen mit Offizieren an der Philippinischen Militärakademie (Philippine Military Academy, PMA). Derzeit sind die nationalen Führungspositionen sowie die Mehrheit der regionalen und anderer hochrangiger Stellen mit ehemaligen PC-Offizieren und somit mit Absolventen der Philippinischen Militärakademie besetzt. Die letzte Gruppe von PMA-Absolventen in der PNP wird 2026 in den Ruhestand treten. Ab 1992 begann die Ausbildung für den höheren Dienst in der PNP an der Polizeiakademie (Philippine National Police Academy, PNPA). Sie bildet seither jährlich mehr als 200 junge Männer und Frauen für die zukünftigen Führungspositionen in der PNP aus.

Mit der 1986 erfolgten Umwandlung der Polizeibehörde in eine zivil-orientierte Organisation durchbrach Präsidentin Aquino die vorherige militärische Struktur, die Präsident Marcos beim Aufbau von PC-INP errichtete. Dieser Prozess der Neuorientierung war auch stark beeinflusst von Vorwürfen aus der Zivilgesellschaft und der politischen Opposition über Menschenrechtsverletzungen², vor allem während der Jahre, in denen unter Marcos das Kriegsrecht galt (1972-1981). Das ausgesprochene Ziel der jetzigen Polizeiführung wie auch das ihrer Vorgängerinnen der letzten Jahre ist es, den Transformationsprozess fortzuführen und der Polizeibehörde eine bürgerorientierte Struktur und Verhaltensweise zu verleihen. Hierbei wird sie von der politischen Ebene unterstützt und erfährt die breite Zustimmung durch den zivilgesellschaftlichen Sektor. Von allen Beteiligten wird darauf hingewiesen, dass eine professionelle Verbrechensbekämpfung nur erfolgreich sein kann, wenn die Bürger „ihre“ Polizei unterstützen. Dies allerdings setzt die Kooperationsbereitschaft der Gesellschaft voraus, die wiederum auf Vertrauen in die Institution basiert. Entsprechend hat auch ein Vorschlag der Vereinigung der Absolventen der PMA in diesem Jahr, den Abgängern dieser Ein-

richtung zukünftig einen „seitlichen“ Einstieg in die PNP zu ermöglichen, beim amtierenden Präsidenten, Benigno C. Aquino III, wenig Zustimmung gefunden.



Workshop Teilnehmer am Programm "Community-Based Dialogue Sessions" diskutieren Ansätze zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte auf den Philippinen, Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung.

Achtung der Menschenrechte

Seit ihrer Gründung bis hinein in die Mitte der 2000er Jahre richtete sich das Augenmerk der Polizei vornehmlich auf die sog. „taktischen“ Aspekte ihres Aufgabenbereiches, wie Verbrechensbekämpfung und -untersuchung, die strafrechtliche Verfolgung Verdächtiger und die Vorbereitung der Anklageerhebung auf Basis des philippinischen Strafrechts. Zusätzlich übernahm sie zusammen mit den Streitkräften Aufgaben in den Auseinandersetzungen mit diversen Untergrundbewegungen wie der „New People’s Army“ (NPA) und den nach mehr Unabhängigkeit strebenden moslemischen Gruppen im Süden der Philippinen – ein Umstand, der bis zum heutigen Tag gegeben ist. Hierbei traten die Aspekte der Weiterentwicklung zu einer bürgerorientierten Einrichtung häufig in den Hintergrund.

So kam es, dass der Polizei, ebenso wie dem Militär, in dieser Zeit von nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch internationalen Einrichtungen (z.B. Vereinte Nationen, Europaparlament) Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen entgegengebracht wurden.³ Hierauf reagierte die Philippinische Regierung 2007 mit der Schaffung eines

eigenen Menschenrechtsbüros („Human Rights Affairs Office“, HRAO) in der PNP, das unmittelbar dem Generaldirektor (in Deutschland Präsident) der Polizei untersteht. Zu seinen Aufgaben zählt u.a. die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen durch Polizeikräfte wie auch die Sicherstellung eines menschenrechtskonformen Verhaltens. In beiden Aufgabenbereichen arbeitet HRAO eng mit anderen zuständigen staatlichen Institutionen, wie der Philippinischen Menschenrechtskommission („Human Rights Commission of the Philippines“, HRCP), internationalen Organisationen, z.B. dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und VN-Einrichtungen sowie auch mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen.

Projekte der HSS

Die HSS unterstützt fachlich und finanziell die Arbeit von HRAO seit 2008. Hierbei fördert die HSS Dialogveranstaltungen zwischen Polizei- und Militärvertretern auf der einen und Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Organisationen auf der anderen Seite. Durch die Aufarbeitung und gemeinsame Analyse von Menschenrechtsverletzungen soll eine Vertrauensbasis zwischen Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft geschaffen und damit bei den Polizei- und Militärvertretern die Bereitschaft zur Achtung und Einhaltung der Menschenrechte gestärkt werden.

Von PNP selbst wurden diese Anstrengungen zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes durch interne Veränderungen von Dienstanweisungen und Arbeitsrichtlinien ergänzt. Daneben wurden vermehrt auch disziplinarrechtliche Verfahren gegen PNP-Angehörige, die sich Rechts- und Menschenrechtsvergehen schuldig gemacht haben, eingeleitet. So wurden seit 2008 auf Grund solcher Verfahren 48 Bedienstete aus dem Dienst entlassen, 71 vorläufig suspendiert und 15 in ihren Positionen heruntergestuft.⁴ Laut Informationen der Menschenrechtskommission (CHRP)

weisen neuere Statistiken einen Rückgang der Zahl von Menschenrechtsverletzungen durch Polizisten auf.⁵ Daher ist die Annahme berechtigt, dass – mit der Umsetzung eines polizeilichen Ansatzes, der den Schutz der Menschenrechte einfordert und diesen durch kontinuierliches, hierauf bezogenes Training innerhalb der PNP absichert – der Paradigmenwechsel in Denk- und Handlungsweisen, Strategie sowie bei Verfahrensrichtlinien, die für Polizisten bei der Erfüllung ihrer rechtsstaatlichen Aufgaben von Bedeutung sind, weitergehen dürfte.

Projekte der HSS

Im Zuge der internen Weiterbildungsprogramme für Polizeiangehörige im Rechts- und Menschenrechtsbereich entwickelt die HSS gemeinsam mit der PNP, dem Menschenrechtsinstitut der Universität der Philippinen (UP-IHR) und einer Softwarefirma, ein PC-basiertes Selbstlernprogramm (CLICK-HR – Computer-aided Learning and Inventory of Comprehensive Knowledge on Human Rights). Das Programm befindet sich in der Erprobungsphase und wird kontinuierlich ergänzt; im Endzustand soll es insgesamt eintausend situationsbezogene Fragestellungen zur Menschenrechtsthematik umfassen; zusätzlich beinhaltet es einen Prüfungsteil. Dadurch können die Weiterzubildenden ihre Kenntnisse- und ihren Wissensstand über geltende rechtliche Bestimmungen auf nationaler und internationaler Ebene sowie ihr Bewusstsein für rechtsstaatliches Verhalten und der Befolgung verbessern und testen. Des Weiteren wurde gemeinsam mit UP-IHR und Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen ein Bewertungssystem zur Menschenrechtskonformität von Polizeiwachen entwickelt („Synergy and Team Approach System“). Es befindet sich ebenfalls in der Testphase. Gemeinsam mit Gemeindevertretern sowie Repräsentanten aus dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft findet die Bewertung und Beurteilung statt.



Pressekonferenz der beteiligten Organisationen am Programm "Community-Based Dialogue Sessions", Quelle: Hanns-Seidel-Stiftung.

Herausforderungen

Seit ihrer Gründung 1991 wurde die PNP immer wieder dafür kritisiert, schlecht ausgebildet, unzureichend ausgestattet und für Notfälle wenig vorbereitet zu sein. Laut Transparency International 2013 halten 69 Prozent der philippinischen Bevölkerung die Polizei für korrupt, 19 Prozent geben an, dass sie oder Personen in ihrem Haushalt der Polizei in den letzten zwölf Monaten Bestechungsgelder gezahlt hätten.⁶ Die gegenwärtige Polizeiführung stellt sich dieser Kritik und dem negativen Image in der Öffentlichkeit und reagiert. So wurden kürzlich drei führende Polizeibeamte des Großraums Manila ihrer Ämter enthoben, nachdem bekannt geworden war, dass die Kriminalitätsraten in ihren Zuständigkeitsbereichen offensichtlich beschönigt worden waren. Als Reaktion auf die vermeintlichen Unzulänglichkeiten wurden auch bereits in der Vergangenheit Maßnahmen zu deren Behebung ergriffen: so wurden u.a. das Aus- und Weiterbildungsangebot neu strukturiert und ausgebaut, die technische Ausrüstung verbessert, Förderprogramme für Polizeibedienstete und deren Familienangehörige eingerichtet sowie die Gehaltsstrukturen verbessert, letzteres vor allem, um Korruptionsanfälligkeit zu reduzieren. Bei ihren Anstrengungen zur Verbesserung von Professionalität und fachlicher Qualifikation erfährt die PNP breite internationale

Unterstützung u.a. durch die USA, Australien, Japan, Großbritannien und die EU.

Projekte der HSS

Die HSS unterstützt ferner den Ausbildungsbereich der Polizei. Hierbei erfolgt eine Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Bayerischen Polizei, vor allem der II. Bereitschaftspolizeiabteilung (II. BPA) in Eichstätt. Die philippinische Polizei betrachtet die Ausbildungsstruktur und -inhalte bei der Bayerischen Polizei als bedeutsame Elemente zur Verbesserung des eigenen Ausbildungssystems. Zwischenzeitlich wurde damit begonnen, diese in angepasster Form in die eigene Ausbildungsstruktur zu integrieren und das bisher vornehmlich theoretisch ausgerichtete Training durch praxisorientierte Übungsteile zu ergänzen. Ziel ist dabei, junge Polizeiauszubildende besser auf ihre zukünftigen Aufgaben vorzubereiten und bereits frühzeitig für eine Polizeitätigkeit zu gewinnen, die bürgernah ist und auf der Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien fundiert.

Ausrichtung auf die Zukunft

Der PNP-Führung sind die Erwartungen der Bürger an eine professionelle Polizeinstitution wie auch weiter bestehende Schwachstellen und der daraus resultierende Reformbedarf bewusst. Entsprechend hat sie mit der Erstellung eines Entwicklungsplans unter dem Namen „Peace and Order Agenda for Transformation and Upholding the Rule of Law (PATROL) Plan 2030“ reagiert.⁷ In ihm sind die strategische Planung und Zielsetzungen für eine bürgernahe und dem Recht verpflichtete nationale Polizei niedergelegt. Seine Kernpunkte sind Kompetenz, Organisationsentwicklung, Disziplin, Exzellenz und Professionalität. Der Umgestaltungsprozess der PNP soll, auf den Prinzipien der Transparenz, Rechenschaftspflicht und Bürgerbeteiligung aufbauend, die Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips und die Respektierung der Men-

schenrechte fördern und die Polizei als zivile, bürgerorientierte („community-oriented“) Einrichtung stärken. Der Verbrechensprävention soll in Zusammenarbeit und auf Basis kontinuierlicher Konsultation mit allen Beteiligten Vorrang eingeräumt und eine Partnerschaft mit der Bevölkerung aufgebaut werden. Um dies zu realisieren, wird die PNP auch ihre fachlichen und technischen Voraussetzungen als eine effektive und effiziente Organisation im öffentlichen Sicherheitssektor ausbauen und die zur Erfüllung ihrer Aufgaben als eine der Säulen des Justizsystems erforderlichen Ressourcen erhalten müssen.

Angesichts einer stetig wachsenden Bevölkerung wird der Personalbestand der PNP angehoben werden müssen, um vor allem in den städtischen Ballungszentren ein günstigeres Zahlenverhältnis zwischen Einwohnerzahl pro Polizeikraft zu erzielen: gegenwärtig kommt auf mehr als 700 Einwohner ein Polizeibediensteter. Zusätzlich sind die fachlichen Kompetenzen der Polizeivertreter kontinuierlich weiterzuentwickeln, um mit dem Fortschritt und den Veränderungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und bei den neuen Technologien mithalten zu können. Hierfür wird ein umfangreiches Fort- und Weiterbildungsangebot entwickelt und angeboten werden müssen.

Die philippinische Polizei wird auch mit einem wachsenden Bedarf an operativen Einsatzmitteln, polizeilicher Informations- und Kommunikationstechnologie und kriminaltechnologischer Ausstattung konfrontiert sein, um den Erwartungen der Bevölkerung, der sie dient, gerecht werden zu können. Aufgrund geringer Haushaltsmittel werden schwierige Entscheidungen über die Verwendung dieser Mittel zu treffen sein: welcher Anteil wird jeweils dem logistischen Ausbau, der technischen Ausstattung oder dem Aus- und Weiterbildungsbereich zugestanden. Verbesserte Fähigkeiten und Kompetenzen der Führungskräfte werden als wichtige Voraussetzung für die effektive Verbrechensbekämpfung und die erfolgrei-

che Verfolgung von Straftätern angesehen. Dazu gehören auch die genaue Darstellung und Analyse der Kriminalitätslage, professionelle Spurensicherung und Erstellung von Täterprofilen unter Einsatz moderner Technologie und Informationsdatenbanken, die wissenschaftliche Bearbeitung von Beweismaterial und die Erstellung und Pflege kompletter Fallakten; nur dies ermöglicht dem Staat die erfolgreiche Verfolgung, Verhaftung und anschließende Verurteilung von Straftätern.

Schließlich wäre zur Ausarbeitung strategischer Planungsvorgaben und zur Formulierung relevanter polizeilicher Richtlinien und Verfahrensweisen ein Bewertungs- und Evaluierungssystem einzuführen, das die öffentliche Wahrnehmung und den Grad der Zufriedenheit in der Bevölkerung mit der Arbeit der Polizei misst.

Eine konsequente Umsetzung dieses Transformationsprozesses wird gute Voraussetzungen dafür schaffen, das Ansehen und die Wertschätzung der PNP in der Bevölkerung zu erhöhen und sich deren Zustimmung und Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu sichern.

|| PAUL SCHÄFER

Auslandsmitarbeiter Philippinen

Unter Mitarbeit von Noel A. Ruiz, Hanns-Seidel-Stiftung Manila

ANMERKUNGEN

- 1 Für Gesetzestexte vgl. u.a. das Gesetz zur Reform und Reorganisation der PNP von 1998, URL http://www.usep.edu.ph/GAD/images/sitedocuments/Laws/National/General Purpose Laws that Affect Women/republic_act_8551.pdf [28.10.2013].
- 2 Vgl. McCoy, Alfred W. (2001) *Dark Legacy: Human rights under the Marcos regime*, University of Wisconsin-Madison, Conference: Legacies of the Marcos Dictatorship Ateneo de Manila University, 20.09.1999.
- 3 Vgl. Amnesty International (2006): *Philippines: Political Killings, Human Rights and the Peace Process*, URL <http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA35/006/2006/en/6d1f080e-f774-11dd-8fd7-f57af21896e1/asa350062006en.pdf> [26.10.2013].
- 4 Vgl. Dalizon, Alfred (2013): *PNP committed to protect human rights -- Purisima*; <http://www.journal.com.ph/index.php/news/national/51242-pnp-committed-to-protect-human-rights-purisima> [29.10.2013].
- 5 Vgl. Felongco, Gilbert P. (2012): *Rights panel notes decrease in violations - Extra-judicial killings, enforced disappearances and torture down*, URL <http://gulfnnews.com/news/world/philippines/rights-panel-notes-decrease-in-violations-1.1068023> [29.10.2013]; International Federation for Human Rights / The Philippine Alliance of Human Rights Advocates (2012): *The Philippines: European Parliament adopts resolution on impunity in the Philippines*. URL <http://www.philippinehumanrights.org/news/press-releases/204-the-philippines-european-parliament-adopts-resolution-on-impunity-in-the-philippines> [29.10.2013].
- 6 Vgl. Transparency International (2013): *Barometer der Weltkorruption – 2013 - Philippinen*, URL <http://transparency.org/gcb2013/country/?country=philippines> [28.10.2013].
- 7 Vgl. PNP (2013): *PNP PATROL Plan 2030*, URL <http://www.cpsm.ph/pgs-overview.xml> [28.10.2013].